



NIEDERSCHRIFT
über die Sitzung der Gemeindevertretung
am Dienstag, den 24. November 2009 im
Dorfgemeinschaftshaus Kirchbrombach

Beginn der Sitzung : 20.00 Uhr
Ende der Sitzung : 21.00 Uhr

Es sind anwesend:

von der SPD-Fraktion :

Willy Hawelky (Vors. d. Gemeindevertretung)
Klaus Dieter Dascher
Petra Drexelius
Ulrich Lohnes
Georg Trautmann
Horst Buxmann
Philipp Weiß

von der CDU-Fraktion :

Peter Beck
Werner Krämer
Sandra Löw
Maria Tenhaef

von der Grüne-Fraktion :

vom Gemeindevorstand :

Willi Kredel (Bürgermeister)

von der FDP:

Helmut Müller

Schriftführung:

Willi Schnellbacher

von der Verwaltung:

Roland Knahl
Gerhard Bender

Entschuldigt waren die Gemeindevertreter

Dieter Villhard, Leonhard Emig, Stefan Kurz,
Hary Wölfelschneider, Thomas Contag,
Ulrike Fill, Wilfried Tymkiw

Entschuldigt vom Gemeindevorstand

Alfred Heist, Rolf Karg, Gösta Müller,
Ernst Eidenmüller, Horst Kaffenberger

TAGESORDNUNG :

1. Einbringung des Nachtragshaushaltsplanes 2009
2. Beratung und Beschlussfassung über den Waldwirtschaftsplan 2010
3. Mitteilungen des Gemeindevorstandes
4. Verschiedenes

Zu Beginn der Sitzung stellt Gemeindevertretervorsteher Willy Hawelky fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.
Der TOP 1 und TOP 2 wird getauscht.

Zu TOP 1. Beratung und Beschlussfassung über den Waldwirtschaftsplan 2010

Herr Mecke vom Forstamt stellt den Waldwirtschaftsplan 2010 vor. Fragen aus der Gemeindevertretung werden von ihm sowie Herrn Weiss beantwortet.

Die Gemeindevertretung beschließt anschließend bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme (GV Müller bemängelt, dass der Waldwirtschaftsplan den Gemeindevertretern zu spät zugeleitet wurde) den vorgelegten Waldwirtschaftsplan für das Jahr 2010.

Er schließt mit einem Überschuss in Höhe von 3.315,- € ab.
(Einnahmen 29.625,- €, Ausgaben 26.310,-€)

Zu TOP 2. Einbringung des Nachtragshaushaltsplanes 2009

Bürgermeister Kredel bringt den Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2010 mit folgender Rede ein:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Gemeindevertretung hat in ihrer Sitzung am 03.03.2009 die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 beschlossen. Da sich bei Vollzug des Haushaltsplanes wesentliche Veränderungen ergeben haben, ist die Aufstellung eines Nachtragshaushalts erforderlich.

Der vorliegende Nachtragshaushaltsplan berücksichtigt die zum Zeitpunkt der Aufstellung bekannten Änderungen gegenüber dem Kernhaushalt.

Im **Ergebnishaushalt** wurden die notwendigen Anpassungen der Ansätze von Aufwendungen und Erträgen vorgenommen.

Während die Erträge um 16.360 Euro höher ausfallen, sinken die Aufwendungen um 5.430 Euro. Dadurch verringert sich der Fehlbedarf im Ergebnishaushalt um 21.790 Euro von seither 157.350 Euro auf jetzt 135.560 Euro.

Wesentliche Veränderungen ergeben sich vor allem bei folgenden Produkten:

Statistik und Wahlen

6.200 Euro höhere Aufwendungen durch den Einsatz des automatisierten Wählerverzeichnis bei der Landrats-, Landtags- und Bundestagswahl.

Brandschutz und Gefahrenabwehr

4.000 Euro Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, hauptsächlich für Lohnerstattungen und Ersatzbeschaffung von Einsatzkleidung nach Brandeinsätzen.

Wasserversorgung

Durch vermehrte Sach- und Dienstleistungen erhöhen sich die Aufwendungen um 21.420 Euro.

Abwasserentsorgung

52.000 Euro geringere Aufwendungen bei den Umlagen an Abwasserverbände.

Friedhofswesen

10.000 Euro Mehreinnahmen bei Friedhofsgebühren (insbesondere durch Kauf von Baumgrabstätten).

Steuern, Zuweisungen und Umlagen

140.000 Euro Mindereinnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer.

28.000 Euro Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer.

26.000 Euro weniger Schlüsselzuweisungen.

16.000 Euro geringere Kreis- und Schulumlage

Im **Finanzhaushalt** gibt es folgende Veränderungen:

Digitalfunk Feuerwehr

Die veranschlagten 100.000 Euro werden ersatzlos gestrichen.

Neubau Kindergarten

Der Ansatz bei den Aufwendungen wird auf 1.322.500 Euro neu festgesetzt, einschl. Grunderwerbsteuer und Notargebühren (seitheriger Ansatz 1.000.000 Euro).

Als Erlöse sind veranschlagt:

- Verkauf der alten Schule 90.000 Euro
- 150.000 Euro Fördermittel aus dem Hessischen Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“
- 150.000 Euro Fördermittel aus dem EU-Programm zur Förderung der ländlichen Entwicklung in Hessen
- 50.000 Euro Spende aus der HSE-Stiftung

Es war ein Anspardarlehen aus dem Hessischen Investitionsfond von 800.000 Euro veranschlagt. Genehmigt wurde ein Sofortdarlehen über 700.000 Euro. Dadurch entfällt die veranschlagte Ansparrate von 160.000 Euro. Der Ansatz für die Darlehnsaufnahme wurde um 100.000 Euro gekürzt.

Sanierung Sporthalle

Im Kernhaushalt waren hierfür Aufwendungen von 170.000 Euro und Erlöse von 50.000 Euro aus Zuwendungen des Landes veranschlagt.

Aus dem Konjunkturprogramm wurden uns 264.300 Euro bewilligt, die allesamt für die Sanierung der Sporthalle verwendet wurden.

Der Ansatz für die Aufwendungen ist mit 405.000 Euro aktualisiert.

Neubau Hochbehälter Böllstein

Zu den bereits veranschlagten 10.000 Euro kommen 6.000 Euro für Grunderwerb hinzu.

Kanalsanierung

Der Ansatz von 45.000 Euro wird ersatzlos gestrichen. Es wurde in diesem Jahr keine Kanalsanierung durchgeführt.

Durch die Veränderungen im Ergebnis- und Finanzhaushalt verringert sich der Finanzmittelfehlbedarf um 141.390 Euro von seither 373.690 Euro auf 232.300 Euro. Dieser Sachverhalt hat notwendige Konsequenzen. Nach den Bestimmungen der Gemeindehaushaltsverordnung soll die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung in den einzelnen Jahren ausgeglichen sein. Dieser Grundsatz wird auch durch die Vorgabe normiert, wonach der Haushalt in jedem Haushaltsjahr ausgeglichen sein soll.

Da im laufenden Haushaltsjahr der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen den Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge übersteigt und ein Haushaltsausgleich nicht herbeigeführt werden kann, ist die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes gesetzlich bestimmt. Darauf hat die Kommunalaufsicht bereits bei der Genehmigung des Haushaltsplanes 2009 hingewiesen.

Die Gemeindevertretung hat deshalb am 07.04.09 ein Haushaltssicherungs-konzept beschlossen und den Bericht der Kommunalaufsicht vorgelegt. Dieses Haushaltssicherungskonzept entspricht jedoch nicht den gesetzlichen Vorgaben, da es entgegen der Bestimmungen keine verbindlichen Festlegungen über das Konsolidierungsziel, die dafür notwendigen Maßnahmen und den angestrebten Zeitraum, in dem der Ausgleich des Ergebnishaushaltes erreicht werden soll, enthält. Die Kommunalaufsicht sieht sich veranlasst darauf hinzuweisen, dass die gemeindlichen Gremien nicht umhin kommen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um einen Ausgleich des Ergebnishaushaltes zu erreichen und eine geordnete Haushaltsentwicklung unter Berücksichtigung ihrer voraussichtlichen Leistungsfähigkeit in den einzelnen Planungs Jahren zu sichern. Dabei sind alle Möglichkeiten zur Einsparungen von Ausgaben konsequent zu nutzen und gegebenenfalls kommunale Leistungen auch in größerem Umfang abzubauen, soweit keine Finanzierung durch zusätzliche Erträge möglich ist (z.B. durch Erhöhung von Gemeindesteuern und -abgaben).

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir werden also nicht umhin kommen, bei den anstehenden Haushaltsberatungen unsere freiwilligen Leistungen und die Steuer- und Gebührensätze zu überprüfen. Nach einer Aufstellung der Verwaltung betragen die freiwilligen Leistungen rd. 17.000 Euro jährlich. Das sind rd. 12,5% des Fehlbedarfes des Ergebnishaushaltes. Nach meiner Einschätzung wird es auf Dauer trotz allem Sparwillen fast unmöglich sein, ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Auf die Städte- und Gemeinden werden immer mehr Aufgaben von oben delegiert, ohne die nötige Finanzausstattung. Nach der zwischenzeitlich erfolgten Fortschreibung der Zahlen des kommunalen Finanzausgleiches wird es im kommenden Jahr zu erheblichen Mindereinnahmen bei der Einkommensteuer und den Schlüsselzuweisungen kommen. Eine Haushaltskonsolidierung ist mit Streichung der wenigen freiwilligen Leistungen nicht möglich. Vielmehr wird dadurch Ärger bei der Bevölkerung hervorgerufen und das noch vorhandene ehrenamtliche Engagement nicht gewürdigt.

Positiv bleibt abschließend festzustellen, dass die Gemeinde Brombachtal trotz des ausgewiesenen Fehlbedarfes dank der vorhanden liquiden Mittel noch zahlungsfähig ist. Das zeigt sich auch darin, dass in diesem Jahr nur geringfügig und nur über jeweils kurze Zeiträume Kassenkredite in Anspruch genommen werden mussten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei der Personalausstattung im Bauhof besteht aus aktuellem Anlass Handlungsbedarf. Unser Vorarbeiter und Wassermeister Horst Beck befindet sich nach seinem Herzinfarkt bis voraussichtlich 08. Dezember in Reha. In Anbetracht der Tatsache, dass er anschließend nicht mehr im seitherigen Umfang einsetzbar ist, empfiehlt der Gemeindevorstand, den Stellenplan um eine Stelle zu erweitern, befristet auf zwei Jahre. Ich bitte darum, den Stellenplan bereits mit dem Nachtrag zu ändern, um kurzfristig die geplante zusätzliche Arbeiterstelle besetzen zu können.

In diesem Zusammenhang verweise ich darauf, dass auf Beschluss des Gemeindevorstandes eine zusätzliche Teilzeitstelle für die Verwaltung ausgeschrieben wurde. Diese Maßnahme berührt den Stellenplan nicht. Mehrkosten entstehen auch nicht, da zwei Bedienstete künftig statt je eine 75%-Stelle nur noch je eine 50%-Stelle besetzen. Durch die Neueinstellung soll ein flexiblerer Arbeitsablauf innerhalb der Verwaltung erreicht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

soweit meine Ausführungen. Es folgen jetzt die Beratungen in den Fraktionen und am 08. Dezember im Haupt- und Finanzausschuss. Die Verabschiedung des Nachtrages ist für den 15. Dezember vorgesehen.

Zu TOP 3. Mitteilungen des Gemeindevorstandes

1. Straßenbau Birkert

Im Zuge des Ausbaues der K 87 wird auch die Ortsdurchfahrt ausgebaut (Einmündung Breuberger Straße und Pfälzer Straße). Hierdurch entstehen der Gemeinde für Erneuerung eines Durchlasses und der Bordsteine Kosten in Höhe von ca. 24.000 Euro. Der Gemeindevorstand schlägt vor, in diesem Zusammenhang das schadhafte Teilstück in der Pfälzer Straße zwischen dem Anwesen Jöckel und Schlosserei Müller mit auszubauen. Die geschätzten Kosten hierfür betragen ca. 16.000 Euro. Der Gemeindeanteil am Straßenausbau beträgt somit ca. 40.000 Euro. Der Bau- und Umweltausschuss hat sich nach einer Ortsbesichtigung ebenfalls einstimmig für den Ausbau ausgesprochen.

Die benötigten Mittel werden im Haushalt 2010 bereitgestellt.

2. Neubau Kindergarten

Die Baugenehmigung für den Neubau des Kindergartens ist am 11. November eingegangen. Die Baugenehmigungsgebühren betragen 14.464,80 Euro.

3. Schiedsamt

Mit Schreiben vom 09.11.09 hat Frau Heike Lippert mitgeteilt, dass Sie das Amt der stellvertretenden Schiedsfrau niederlegen möchte. Der Vorgang wurde zuständigkeitshalber an das Amtsgericht Michelstadt abgegeben.

4. Ruhender Verkehr

Frank Hessler (TKS) wurde vom Regierungspräsidenten zum Hilfspolizisten bestellt. Er kann somit ab sofort den ruhenden Verkehr im Gemeindegebiet überwachen.

5. Unvermutete Prüfung der Gemeindekasse

Das Revisionsamt des Odenwaldkreises hat am 16.11.09 eine unvermutete Kassenbestandsaufnahme der Gemeindekasse durchgeführt. Die Prüfung führte zu keinen Beanstandungen.

6. Öffentlich geförderte Beschäftigung

Seit 16. November ist ein Arbeiter im Rahmen einer öffentlich geförderten Beschäftigung nach dem SGB II für ein halbes Jahr im Bauhof tätig. Für die Gemeinde entstehen keine Kosten.

Zu TOP 9. Verschiedenes

a) Gemeindevertreter Lohnes bittet die Verwaltung zu prüfen, ob der Kostenanteil der Gemeinde zum Straßenbau in Birkert (siehe Punkt 1. der Mitteilungen des Gemeindevorstandes) umlagefähig ist.

b) Gemeindevertreterin Tenhaef stellt den Antrag auch im Jahr 2010 einen Betrag in Höhe von 1.000,- Euro für Zuschüsse zur Renovierung von typgerecht erhaltenen Häusern bereit zu stellen.

c) Gemeindevertreterin Tenhaef bemängelt, dass den entsprechenden Gremienmitgliedern keine Einladung zu einer Sitzung des Kindergartenausschusses zugeleitet wurde. So können Fragen aus der Bevölkerung an Gemeindevertreter nicht beantwortet werden, weil man an den entsprechenden Sitzungen nicht teilnehmen konnte und so entsprechende Informationen fehlen.

d) Lt. Gemeindevertreterin Tenhaef soll sich die Gemeindevertretung Gedanken machen, wie sie zum Projekt „Bioenergiedorf“ steht. Lt. Bgm. Kredel kann man einen Fachmann im nächsten Jahr einladen, um dieses Thema den Gremienmitgliedern näher zu bringen.

e) Gemeindevertreter Beck informiert sich über den weiteren Fortgang der Sanierungsmaßnahmen an der Sporthalle. Lt. Bgm. Kredel soll in der 50. Kalenderwoche die Fotovoltaikanlage installiert werden.

In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, so Gv Beck, ob ein Energieausweis für die Sporthalle benötigt wird.

f) Gemeindevertreter Müller bittet um Aufstellung eines Verkehrsspiegels an der „Oberen Gasse“.

g) Lt. Gemeindevertreter Buxmann sind einige Angaben zu den Ausschüssen im Extranet für Gremienmitgliedern nicht auf dem aktuellen Stand. Er bittet die Daten auf den neuesten Stand zu bringen.

h) Bgm. Kredel gibt noch bekannt, dass

1) auf dem Grundstück in der Sachsenhäuserstraße keiner gewerblichen Tätigkeit nachgegangen wird (Anfrage GV Beck),

2) in Sachen Energieeinsparpotenzial in ca. 3 Wochen das Ergebnis einer Untersuchung vorliegt (Anfrage GV Tenhaef).

.....
H A W E L K Y
Vorsitzender der Gemeindevertretung

.....
Schnellbacher
Schriftführer